Palästinensertuch an Berliner Schulen ab sofort verboten

Bei einer Kundgebung vor einem Berliner Gymnasium wurde das Palästinensertuch von mehreren Teilnehmern getragen
Foto: Sven Meissner

Von: Stefan Peter
13.10.2023 - 13:07 Uhr

Berlin – Der Senat geht rigoros gegen Sympathie-Bekundungen für die Hamas-Terroristen an Berliner Schulen vor! Ab sofort ist dort das Tragen des Palästinensertuches untersagt, wenn es den Schulfrieden stört.

Das steht in einem Brief von Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (40, CDU), der am Freitag an alle Schulen ging.

„Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel haben leider auch Auswirkungen auf das friedliche Zusammenleben an den Berliner Schulen“, heißt es in dem Schreiben (liegt BILD vor). An mehreren Schulen sei terroristische Gewalt und Brutalität „propagandistisch unterstützt“ worden. Doch jede Billigung der Angriffe gegen Israel stelle „eine Gefährdung des Schulfriedens“ dar und sei untersagt, so die Politikerin.

Deshalb seien auch Symbole und Meinungsäußerungen, „die die Grenze zur Strafbarkeit noch nicht erreicht haben“ untersagt. Aufgeführt sind „das sichtbare Tragen von einschlägigen Kleidungsstücken (z.B. die als Palästinensertuch bekannte Kufiya)“ und das Zeigen von Stickern mit Aufschriften wie „Free Palestine“ – wenn es zur Störung des Schulfriedens kommt.
Und: „Sollten Mobiltelefone dazu genutzt werden, propagandistische Unterstützung für die Terrorangriffe kund zu tun oder zu verbreiten, kann auch die Nutzung von Mobiltelefonen schulweit temporär untersagt werden“. Bei Verstößen können die Handys eingezogen werden – eine Rückgabe erfolge im Zweifelsfall nur an die Erziehungsberechtigten.

Die Bildungssenatorin betont: „Wir müssen den Kindern und Jugendlichen erklären, warum sie diese Symbole nicht zeigen sollen und mit ihnen ins Gespräch über ihre Gefühle, Gedanken und Informationsquellen kommen“.
Neuköllns CDU-Vize Christopher Förster (37) zu BILD: „Es ist das richtige Signal! Der seit Generationen in migrantischen Communities entwickelte Judenhass soll nicht an unseren Schulen ausgelebt und weiter normalisiert werden.“